

Übersichten

Außenpolitik

*(1) Li Peng in Frankreich: Proteste und Geschäfte

Vom 9. bis 13. April 1996 besuchte der chinesische Ministerpräsident Frankreich. Schon im Vorfeld war die Visite überschattet von zahlreichen Protesten, die sich nach Beginn des Besuchs verstärkt fortsetzten. Als es am 10. April zu einer Besprechung im Außenministerium kommen sollte, ließ Li Peng seinen Amtskollegen, den französischen Premierminister Juppé, eineinhalb Stunden lang warten, und zwar mit der nachgeschobenen Begründung, daß Li Peng an dem ihm vorab bekanntgewordenen Text der Tischrede Juppés Anstoß genommen habe, in der auch auf die Menschenrechtsfrage angespielt worden war. U.a. hieß es dort: "Jede dauerhafte wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird begleitet von parallelen Fortschritten im Bereich der Demokratie und der Menschenrechte" - harmloser hätte man diesen Tatbestand wohl kaum noch formulieren können! Weiter hieß es, eine partnerschaftliche Beziehung zwischen Frankreich und China erfordere einen politischen Dialog, der es erlaubt, alle großen Fragen von gemeinsamem Interesse "ohne Tabus und ohne Drumherum" anzusprechen.

Der chinesische Außenminister Qian Qichen und sein französischer Amtskollege Hervé de Charette hatten nach Bekanntwerden des Textes darüber verhandelt, ob der Absatz nicht gestrichen werden könne. Da die französische Seite hier nicht nachgeben wollte, ließ Li Peng den französischen Premier "schmören". Anschließend verhandelten Li und Juppé eine halbe Stunde lang über einen Ausweg; französischen Angaben zufolge drohte Li Peng mit der Vertagung der Unterzeichnung eines ertragreichen kommerziellen Vertrags und Juppé mit der Annullierung des Essens zu Ehren der chinesischen Delegation. Beide Konsequenzen wurden schließlich dadurch vermieden, daß sich die Ge-

sprächspartner darüber einigten, überhaupt keine Tischreden zu halten. Dieser Vorgang war in den Annalen der französischen Diplomatie einmalig.

Kein Wunder, daß sich hier schon bald Kontroversen in der französischen Öffentlichkeit entwickelten: Während die "Geschäftsleute" das Verhalten Juppés begrüßten, warf ein Sprecher der Sozialisten dem Regierungschef vor, sich den chinesischen "Menschenrechts"-Vorstellungen gebeugt, ja sogar eine Zensur seiner Rede hingenommen zu haben.

Ferner kam es zu weiteren Protesten auf den Straßen von Paris. Bereits am 10. April war es vormittags zu einer nicht genehmigten Demonstration von Amnesty International auf dem Champs Élysée gekommen, gegen die Polizei aber sofort einschritt. Eine abendliche Kundgebung von etwa 30 Menschenrechtsgruppen, zu der sich rund 3.000 Teilnehmer, unter ihnen chinesische Dissidenten, Tibeter und Chinesen aus Taiwan und Hongkong, zusammenfanden, erhielt jedoch die amtliche Genehmigung.

Weitere Demonstrationen gab es am 11. April. Zu den Demonstranten gehörten Greenpeace-Anhänger, die gegen Beijings Atomversuche protestierten; Angehörige von Menschenrechtsgruppen drangen in ein von der Botschaft der Chinesen betriebenes Kulturzentrum ein, und Vertreter der Organisation "Reporter ohne Grenzen" demonstrierten vor dem Botschaftsgebäude für Pressefreiheit in China. (SCMP, 12.4.96)

Im Gegensatz zu Juppé wurde Staatspräsident Chirac von Li Peng nicht vor den Kopf gestoßen. Allerdings wies Li ex ante darauf hin, daß China "nicht die gleiche philosophische Auffassung von Menschenrechten" habe wie der Westen. In der Tat sprach Staatspräsident Chirac beim Treffen am 12. April die Menschenrechtsfrage an. Der Besuch Li Pengs beim Amtssitz des Staatspräsidenten fand unter massiven Sicherheitsvorkehrungen statt. Erneut waren von der französischen Polizei auch diesmal mehrere Demonstranten festgenommen

worden, die vor allem gegen Chinas Atomversuche demonstrierten - nachdem sie noch wenige Monate vorher gegen die Atomversuche der eigenen Regierung Widerstand an den Tag gelegt hatten.

Trotz des Ekklats bei der Juppé-Visite gab sich Li Peng allerdings höchst optimistisch und bezeichnete seinen Besuch in Frankreich immer wieder als Erfolg. Am 10. April kam es dann im Rahmen einer feierlichen Unterzeichnungszereemonie zur Vergabe einiger höchst profitabler Aufträge an Frankreich. Dazu gehörten:

- (1) Vereinbarungen über den Kauf von französischem Weizen in den Jahren zwischen 1996 und 1998,
 - (2) eine Regierungsvereinbarung über Meerestransporte,
 - (3) ein Abkommen über den Kauf von 30 Airbussen vom Typ A 320-200 durch die chinesische CAAC (Civil Aviation Administration of China)
 - (4) ein Kontrakt über den Kauf von drei A 340-Airbussen ebenfalls durch CAAC und
 - (5) ein Abkommen über die Gewährung eines Exportkredits an ein Automobilherstellungs-Joint-venture in China.
- (XNA, 12.4.96)

(1991 hatte Taiwan 16 Fregatten in Frankreich bestellt, 1992 dann 60 Mirage-Kampfflugzeuge - in einem Gesamtwert von 7,4 Mrd. US\$ - damals ein gewaltiges Ärgernis für China. Der Vorfall scheint in Beijing mittlerweile vergessen zu sein.)

Am 12. April unterbreitete Li Peng einen 4-Punkte-Vorschlag für die künftige Entwicklung der chinesisch-französischen Beziehungen:

- (1) Herstellung vertrauensvoller Beziehungen auf langfristiger Basis,
 - (2) weitere Wirtschaftszusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens,
 - (3) Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses durch Entwicklung von Kooperationsbeziehungen im Bereich der Kultur, der Erziehung, der Wissenschaft und der Technologie sowie
 - (4) Anstrengungen bei der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und weitere Konsultationen.
- (XNA, 13.4.96)

Die Formulierung "langfristige Beziehungen bis ins 21. Jahrhundert hinein",

wie sie gegenüber Japan und Rußland Verwendung fand, tauchte im sino-französischen Kontext allerdings nicht auf.

Ferner wurde ein Dokument über die gemeinsame Herstellung eines Passagierflugzeuges mit 100 bis 140 Sitzen unterzeichnet. (XNA, 13.4.96)

Die internationale Presse geht davon aus, daß das 3-Mrd.-Dollar-Geschäft, das Frankreich und die europäische Airbus-Industrie haben einfahren können, letztlich nicht nur einen pro-europäischen, sondern vor allem einen anti-amerikanischen Akzent hatte. Die Chinesen haben dort ja mindestens zwei Rechnungen offen: die eine hat mit dem massiven Aufmarsch der US-Navy im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um Taiwan im März zu tun, die andere mit dem unterschweligen Handelskrieg gegen die USA, bei dem es um Copyright-Streitereien, aber auch um Menschenrechte geht. Der Airbus-Deal, den der europäische Steuerzahler wohl mit hohen Subventionen zu stützen hat, sei wohl ein kruder chinesischer Wink an die Amerikaner mit dem Zaunpfahl gewesen: "Wir haben eine feine Alternative: Menschenrechte per Wirtschaftsdruck durchzusetzen, funktioniert nicht; denn irgendwo gibt es immer andere Lieferanten." (SZ, 12.4.96)

Am Ende seines Besuchs bezeichnete Li Peng seinen Besuch als ein "neues Kapitel in den sino-französischen Beziehungen". (XNA, 16.4.96)

Der Kommentar der nichtfranzösischen Welt fiel etwas anders aus: die französische Regierung habe "Geld über Moral gesetzt". (So SCMP, 11.4.96)

Ursprünglich wollte Li Peng auch noch die Niederlande und Luxemburg besuchen, sagte den Besuch aber ab. Die in Hongkong erscheinende Pro-Beijinger *Ming Pao* lieferte für die Absage des Niederlande-Besuchs die Schlagzeile: "Die Niederlande planen, U-Boote an Taiwan zu verkaufen, Li Peng sagt dafür seinen Besuch ab." (*Ming Pao*, 6.4.1996, S. 1)

Für die Streichung des Besuchs bei den europäischen Behörden in Luxemburg wurde keine konkrete Begründung geliefert. Man darf aber wohl davon ausgehen, daß die Absage für die Niederlande und Luxemburg vor allem deshalb erfolgt ist, weil dort großangelegte Demonstrationen gegen Li Peng ins Haus standen. -we-

*(2)

Kooperationsvereinbarungen der EU mit China

Im Mai 1996 besuchte der Vizepräsident der EU-Kommission, Leon Britton, die VR China und traf am 7. Mai u.a. mit Außenminister Qian Qichen zusammen. Während Brittons Besuch unterzeichneten China und die EU vier Kooperationsvereinbarungen in den Bereichen Urheberrecht, Hochschulbildung, technische und kommerzielle Kooperation in der Milch- und Lebensmittelverarbeitung sowie bei der Wasserbüffelzucht.

Beide Seiten waren sich darin einig, daß es zwischen China und der EU keine grundsätzlichen Konflikte gebe und daß die beiderseitigen Beziehungen weiter ausgebaut werden sollten.

Britton wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß die EU die Zulassung Chinas zur WTO (Welthandelsorganisation) unter bestimmten Bedingungen unterstützen wolle.

Aus chinesischer Sicht gibt es bisher zwei Hindernisse auf dem Weg Chinas zum WTO-Beitritt, nämlich "exorbitante Bedingungen", die an China gestellt würden sowie politisch motivierte Interventionen, die vor allem von den USA unter dem Vorwand von "Menschenrechten" ausgingen. Daß in diesem Zusammenhang auch noch Taiwan auftaucht, das neben der VRCh Vollmitglied der WTO werden möchte, und daß China durch seinen Protest gegen eine solche Zulassung seine eigene Position erschwert, wird in diesem Zusammenhang kaum erwähnt. -we-

*(3)

Afrika-Besuch Jiang Zemin

Vom 8. bis 22. Mai 1996 besuchte Jiang Zemin sechs afrikanische Länder, nämlich Ägypten, Äthiopien, Kenia, Mali, Namibia und Simbabwe. Es war dies der erste Besuch eines chinesischen Staatsoberhauptes. Offiziell ging es darum, die Gemeinsamkeiten in der Vergangenheit, in der Gegenwart und auch in Zukunft hervorzuheben, unausgesprochen aber auch um das alte Ziel, zum einen Taiwan zu isolieren, und andererseits weitere Zustimmung für das Wirken der VRCh in der UNO und für den Beitritt Chinas zur WTO zu erwirken.

Im Hinblick auf die Vergangenheit hob Jiang (XNA, 13.5.96) die gemeinsam erlittene kolonialistische und imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung hervor, die zu ähnlichen Erfahrungen geführt hätten. Was die Gegenwart anbelangt, so stünden China und die afrikanischen Staaten vor identischen Aufgaben, nämlich der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Aus diesem Grunde hätten bereits die Führer der ersten Generation, Mao Zedong und Zhou Enlai, enge Beziehungen zu Afrika entwickelt und wollten nun auch die Führer der dritten Generation im gleichen Sinne tätig bleiben. Damals wie heute wehrten sich sowohl Chinesen als auch Afrikaner gegen Hegemoniebestrebungen. Sie forderten fairere Bedingungen in der Nord-Süd-Kooperation und strebten eine intensivere Zusammenarbeit in der Süd-Süd-Kooperation an.

Im Hinblick auf die Zukunft unterbreitete Jiang fünf Vorschläge:

(1) ehrliche Freundschaft "durch dick und dünn", (2) keine Einmischung in innere Angelegenheiten, (3) Entwicklung der Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens, vor allem im Bereich des Handels, (4) verstärkte Konsultationen im Bereich internationaler Angelegenheiten und (5) Durchsetzung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Bereich der Politik und der Wirtschaft. Jiang traf auch mit dem Generalsekretär der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) und mit dem Generalsekretär der "Liga der arabischen Staaten" zusammen.

Allein 1995 hatten drei Stellvertretende Ministerpräsidenten der VR China Afrika besucht, nämlich Zhu Rongji, Li Lanqing und Qian Qichen. Darüber hinaus war der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Qiao Shi, im November 1995 auf den Kontinent gereist.

In Afrika findet China, anders als in der westlichen Welt, auch immer wieder Applaus für einige seiner umstrittenen Grundvorstellungen, vor allem hinsichtlich der Menschenrechte. Dort finden chinesische Politiker auch immer wieder Beifall für ihre These, daß bei der Entwicklung der Menschenrechtssituation unterschiedliche kulturelle Hintergründe, Geschichte und Traditionen mit in die Praxis einzufließen hätten und daß die entwickelten Länder nicht einfach blindlings nachgeahmt werden könnten.

Außerdem werden hier nicht nur die chinesischen Reformen bewundert; auch die maoistischen Strategien hatten dort immer wieder Resonanz gefunden, so z.B. Maos Militärtaktiken bei der SWAPO und bei anderen afrikanischen Befreiungsbewegungen.

Auch zahlreiche chinesische Unternehmen haben mittlerweile in Afrika Fuß fassen können, so z.B. 30 chinesische Firmen in Kenia, darunter im Bereich des Hotel-, des Textil- und des Bauwesens.

Allerdings gibt es in Afrika auch eine Reihe von Staaten, die China Sorge bereiten, weil sie Beziehungen zu Taiwan vorziehen - man denke vor allem an die Zentralafrikanische Republik und nicht zuletzt an Südafrika. (s. dazu eine eigene Übersicht in diesem Heft)

Bei einer Pressekonferenz am 25. April 1996 war der Sprecher des Außenministeriums gefragt worden, ob die "in letzter Zeit ungewöhnlich häufigen Staatsbesuche" Chinas "etwas mit der Eindämmung der auswärtigen Aktivitäten der Taiwan-Behörden zu tun hätten". Die Antwort darauf hatte gelautet: "China ist ein souveräner Staat. Die Besuche chinesischer Führer in anderen Ländern sind ganz normale Angelegenheiten in den auswärtigen Beziehungen, die auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz stattfinden" (BRu, 1996, Nr. 20, S. 14) - eine wohl etwas verkürzte Formulierung für die wirklichen Absichten hinter solchen Staatsbesuchen.

Etwas merkwürdig klingen auch Erklärungen wie diese: "Alle Länder, ob groß oder klein, stark oder schwach, reich oder arm, sind gleichberechtigt." (XNA, 13.5.96.) Dies ein Satz, der einer so fundamental hierarchisch denkenden Nation wie China einfach nicht abgenommen werden kann! -we-

*(4)

Diplomatische Beziehungen zu Südafrika?

Anfang Mai besuchte der Außenminister Südafrikas, Alfred Nzo, die Republik China auf Taiwan - ein erneutes Ärgernis für Beijing. In einer Pressekonferenz vom 7. Mai 1996 wies der Sprecher des Außenministeriums darauf hin, daß China nach wie vor an diplomatischen Beziehungen mit Südafrika interessiert sei, daß eine solche Normalisierung jedoch nur dann in Betracht

komme, wenn Südafrika seine Beziehungen zu Taiwan abbricht. (BRu, 1996, Nr. 22, S. 13) -we-

*(5)

Erneute Ablehnung einer Verurteilung vor der UNO

Zum 6. Mal seit 1990 lehnte die UNO-Menschenrechtskonvention in Genf einen Resolutionsentwurf ab, der zur Verurteilung der VRCh-Menschenrechtspolitik führen sollte.

Seit dem Tiananmen-Massaker von 1989 hatten mehrere westliche Länder immer wieder versucht, China wegen seiner Tibet-Politik, wegen seines Vorgehens gegen Dissidenten und wegen seiner Hinrichtungspraxis an den Pranger zu stellen.

Der erste Versuch dieser Art wurde vor allem auf US-Initiative hin unter dem Titel "Situationspapier China" gestartet, doch waren all diese Versuche letztlich abgelehnt worden. Auch diesmal stimmte die aus 53 Ländern bestehende UNO-Menschenrechtskommission zugunsten des von der VRCh eingebrachten Gegenvorschlags ab, die Entscheidung über den Entwurf hinauszuschieben. Für den chinesischen Vorschlag stimmten 27, gegen ihn 20 Vertreter - bei 6 Enthaltungen. (XNA, 23.4.96)

China konnte sich vor allem deshalb immer wieder erfolgreich zur Wehr setzen, weil es zahlreiche Entwicklungsländer hinter sich zu scharen wußte.

1996 war der Verurteilungsantrag von der EU eingebracht worden. Zahlreiche europäische Politiker hatten sich bei der Diskussion in Genf beteiligt, u.a. am 17. April auch der deutsche Bundesaußenminister Kinkel. Der Sprecher der chinesischen Delegation hatte sich daraufhin scharf gegen Kinkel gewandt und ihm u.a. vorgeworfen, offenbar die Greuelaten der Nationalsozialisten vergessen zu haben. Der deutsche Außenminister sei nicht qualifiziert, "dem chinesischen Volk Moralpredigten zu halten". Er solle lieber vor der eigenen Haustür kehren, bevor er andere kritisiere, sagte der chinesische Delegierte, und zwar mit besonderem Hinweis auf "Fremdenfeindlichkeit, Neonazismus und die Behandlung von Gastarbeitern in Deutschland". Ein Dialog zwischen der EU und China müsse auf Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt beruhen und "nicht von der Aufoktroierung einseitiger Wertvorstellungen" geprägt sein.

Die EU habe China zur Ratifizierung des Zivil- und Sozialpakts der UNO innerhalb einer bestimmten Frist aufgefordert; dazu aber wolle sich China nicht zwingen lassen. Bemühungen, die VRCh durch Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission zu überwachen, seien unangebracht. Deutschland z.B. müsse sich fragen lassen, ob Bonn jemals Sonderberichterstatter ins eigene Land eingeladen habe, zumal es ja auch "zahlreiche Menschenrechtsverletzungen in Deutschland" gegeben habe. Es sei darüber hinaus eine "Doppelmoral", Amerika nicht gleichfalls eine Frist zur Ratifizierung des Sozialpakts gesetzt zu haben. (FAZ, 18.4.96)

Der *Kölner Stadt-Anzeiger* bezeichnete den Eklat um Kinkel vor allem deshalb als besonders bemerkenswert, weil die Chinesen den Deutschen unter Hinweis auf deutsche Fremdenfeindlichkeit und deutsche Geschichte die Berechtigung absprechen wollten, über Menschenrechte zu reden, und die FAZ fügte hinzu: "China greift in der Person des Außenministers Kinkel ausgerechnet einen Politiker an, der keine Konfrontation mit China will und der sich schon lange für einen kritischen Dialog mit der chinesischen Regierung über die Menschenrechte einsetzt. Wie China sich diesen Dialog denkt, hat es jetzt in Genf vorgeführt." (FAZ, 18.4.96) Außerdem müsse man zwischen der "staatlichen Unterdrückung in China" und den "kriminellen Akten einzelner Personen in Deutschland" doch nachdrücklich unterscheiden.

Die österreichische Zeitung *Die Presse* weist darüber hinaus auf einen Widerspruch in der westlichen Politik hin: "Mit Kriegsschiffen schüchterte Peking den kleinen Bruder Taiwan ein, schoß übungshalber Raketen in Richtung Insel und brachte mit seinem Säbelrasseln die ganze Region an den Rand eines Krieges. Kaum hat sich der Kanonenrauch gelegt, ist Peking wieder Everybody's Darling: es wird umworben und hoffiert." (12.4.96)

Beijing war über den Vorstoß der Europäer nicht zuletzt deshalb so empört, weil das europäische Parlament als Berater für seine Verurteilungs-Resolution Dissidenten wie Wu Hongda (Harry Wu) und die Schwester des berühmtesten chinesischen Dissidenten Wei Jingsheng, Wei Shanshan, hinzugezogen hatte. (SCMP, 20.4.96) Wu hatte u.a. einen von ihm persönlich gedrehten 13minütigen Film mit dem Titel "Undisguised killing: public executions in

China" vorgeführt. Der Film zeigte verurteilte Gefangene, die von zwei Soldaten festgehalten wurden, während ein dritter mit Gewehr hinter ihnen stand. Auf ein Flaggenwinken schoß der dritte Soldat ins Genick des Verurteilten, der daraufhin mit dem Gesicht nach vorne zu Boden stürzte. "China exekutiert mehr Menschen als irgendein anderes Land in der Welt," lautete dazu der Kommentar Wus. -we-

*(6)

Eröffnung einer direkten Fluglinie zwischen China und Nordamerika

Am 3. Mai 1996 startete die Boeing 747 mit dem Namen "Licht Beijings" der US-amerikanischen Flugesellschaft "Northwest" vom Beijinger Flughafen in Richtung Detroit.

"Northwest" ist damit die erste Flugesellschaft der USA, deren Maschinen direkt nach China fliegen. Nach Eröffnung der neuen Strecke verkürzt sich die Flugzeit von Beijing nach Detroit von 20 auf 13 Stunden. In der Vergangenheit hatten die Passagiere in Tokyo umsteigen müssen. -we-

Innenpolitik

*(7)

Prekäre Haushaltslage: "Übermäßige Dezentralisierung der Finanzkraft des Staates"

In einem theoretischen Grundsatzartikel hat die *Volkszeitung* Anfang Mai eines der schwierigsten Probleme der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in China aufgegriffen: die Beziehungen zwischen Zentralregierung und Provinzregierungen insbesondere im Bereich der Finanzpolitik und der Wirtschaftsregulierung. (RMRB, 2.5.96)

Da sich die chinesische Führung bislang nicht zu einer umfassenden institutionellen Neuregelung des Verhältnisses zwischen Zentrale und Regionen und zu einer verbindlichen Aufteilung der Kompetenzbereiche hat durchringen können, sind die wirtschaftspolitischen Befugnisse weiterhin im Fluß. Daran hat auch die große Finanzreform von 1993/94 nur wenig geändert, die die Institutionalisierung eines fiskalischen "Quasi-Föderalismus" und eine Stabilisierung des Haushalts der Zentralregierung verheißen hatte (siehe C.a., 1995/8, S.578-581).

Nach Einschätzung der Weltbank-Vertretung in Beijing hat das Defizit im Beijinger Haushalt inzwischen ein Ausmaß erreicht, das die makroökonomische Stabilität gefährdet. Die Bank schätzt, daß das tatsächliche chinesische Haushaltsdefizit gegenwärtig bis zu 10% des Bruttoinlandsprodukts (offizielle Angabe: 1,1% des BIP) betragen könnte. Denn in den offiziell ausgewiesenen Haushaltsdaten sind die versteckten Defizite im Staatsbankensystem, das zur Finanzierung maroder Staatsbetriebe erhalten muß, nicht enthalten. Die Weltbank-Vertretung geht davon aus, daß China zehn bis fünfzehn Jahre brauchen werde, um die Finanzbasis des Staatssektors und damit den Staatshaushalt zu konsolidieren. (SCMP, 28.4.96)

Im ersten Jahr der Anwendung des neuen Finanz- und Steuersystems (1994) hatte sich der Anteil der Zentralregierung an den gesamten Staatseinnahmen zunächst tatsächlich deutlich erhöht. Beijing hatte damals einen außerordentlich starken politischen Druck auf die Provinzfürhungen ausgeübt. Bereits 1995 aber scheint die Bereitschaft, die festgelegten Steuereinnahmen an Beijing weiterzuleiten, wieder nachgelassen zu haben. Darauf deuten die vom Finanzministerium im Frühjahr verbreiteten Angaben zur Einnahmenentwicklung des zentralen Staatshaushaltes hin (siehe C.a., 1996/3, S.261).

Nach Hongkonger Meldungen soll die Staatliche Steuerhauptverwaltung in Beijing kürzlich in einem Bericht festgestellt haben, daß viele regionale Verwaltungen die an Beijing abzuführenden Steuereinnahmen stark hinausögerten, die tatsächliche Höhe der regionalen Steuereinnahmen nicht in vollem Umfang auswiesen oder gar lokalen Unternehmen Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisteten. Darüber hinaus würden Steuerbeamte, die auf einer ordnungsgemäßen Verwaltung der Staatseinnahmen beharrten, oft von örtlichen politischen Führungen unter Druck gesetzt. (*Pingguo Ribao*, 6.5.96, nach SWB, 9.5.96)

Unregelmäßigkeiten in der Verwendung der zum Teil äußerst voluminösen extrabudgetären Einnahmen lokaler Regierungen können seit neuestem über eine Telefon-"Hotline" an das Beijinger Finanzministerium gemeldet werden. (XNA, 9.5.96) Die Zentralregierung beschreitet damit neue Wege der Finanzkontrolle gegenüber den regionalen Verwaltungen und setzt auf die Mitwirkung der "Massen".

Der jüngst in der *Volkszeitung* erschienene Beitrag kritisiert in diesem Zusammenhang offen eine "übermäßige Dezentralisierung der Finanzkraft des Staates" (*guojia caili guoyu fensan*) und hält dieser Fehlentwicklung ein Plädoyer für eine kontrollierte, "maßvolle Dezentralisierung" im Bereich der Wirtschaftsregulierung entgegen. Die Entscheidungskompetenzen im Bereich der Finanzpolitik, der Wirtschaftsregulierung und des Verwaltungsvollzugs müßten durch explizite rechtliche Bestimmungen geregelt werden. Einzelne Provinzen müßten sich bewußt werden, daß sie nur eine von mehreren "Schachfiguren" darstellten, bei deren Zügen die Gesamtkonstellation auf dem "Schachbrett" des politischen und wirtschaftlichen Systems zu berücksichtigen sei.

In dem Artikel wird der pikante Vorwurf an die Adresse der Provinzfürhungen gerichtet, sich selbstherrlich nicht nur gegenüber Beijing, sondern auch gegenüber nachgeordneten Verwaltungsebenen zu verhalten: "Provinzpartei-Komitees und Provinzregierungen können nicht die linke Hand heben, um sich über eine übermäßige Zentralisierung durch die Zentralregierung zu beschweren, zugleich aber mit der rechten Hand einen hohen Grad an Zentralisierung gegenüber Bezirken, Städten und Kreisen betreiben. Zwischen Provinz, Bezirken, Städten und Kreisen müssen die Kompetenzen zur Wirtschaftsregulierung ebenfalls rational abgegrenzt werden; die jeweiligen Vollzugs-, Finanz- und Entscheidungsbefugnisse müssen eindeutig definiert werden, um ein System zu errichten, in dem Macht und Verantwortung eine Einheit bilden." (RMRB, 2.5.96) -hei-

*(8)

Hochrangiger Mitarbeiter Zhao Ziyangs aus der Haft entlassen

Der Spitzenfunktionär Bao Tong (64), der 1989 im Gefolge der Studentendemonstrationen wegen der Weitergabe geheimer Politbüro-Informationen und wegen "Aufwiegelung" zum Widerstand gegen das Kriegsrecht zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war, ist nach Ablauf seiner Haftstrafe Ende Mai freigelassen worden. Allerdings mußte Bao Tong die erste Woche noch unter Hausarrest außerhalb Beijings verbringen - eine Vorsichtsmaßnahme des Sicherheitsapparats, der wohl befürchtete, daß ein Auftreten Baos zum Jahrestag der Niederschlagung der damaligen Pro-